

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plachvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Berichtsjahr für beide Jahre
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Poit-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

**Schluss der Anzeigen-
annahme 3 Uhr vormittags**

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlaag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 290

Montag, den 12. Dezember 1927

101. Jahrgang

Die Lösung des polnisch-litauischen Konflikts

Eine Entschliebung des Völkerbundesrates

Uebersetzung der polnisch-litauischen Gegensätze.

U. Genf, 12. Dez. Der Völkerbundsrat hat am Samstagabend in einer Nachsitzung den von dem Außenminister Hollands zur Beilegung des polnisch-litauischen Konflikts ausgearbeiteten Bericht nebst einer Entschliebung einstimmig angenommen. Die letztere hat folgenden Wortlaut: Der Völkerbundsrat erklärt

1. daß der Kriegszustand zwischen zwei Mitgliedern des Völkerbundes unvereinbar mit dem Geiste und dem Buchstaben des Völkerbundespaktes ist, an dessen Bestimmungen Litauen und Polen gebunden sind;
2. nimmt er Kenntnis von der offiziellen Erklärung des Vertreters Litauens, daß Litauen sich nicht als im Kriegszustand mit Polen befindlich betrachte und daß insolge dessen der Friede zwischen diesen beiden Ländern besteht;
3. nimmt er Kenntnis von der formellen Erklärung des Vertreters von Polen, daß die polnische Republik vollständig die politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Republik Litauen anerkennt und respektiert;
4. empfiehlt er den beiden Regierungen, sobald wie möglich direkte Verhandlungen aufzunehmen, um zu einer Herstellung solcher Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu gelangen, die eine gute Zusammenarbeit (Entente) sichern, von der der Friede abhängt;
5. stellt er den beiden Regierungen die Dienste des Völkerbundes sowie seiner Organe zur Verfügung, falls dies für Verhandlungen notwendig sein sollte;
6. beschließt er, daß die Lage der litauischen Regierung in bezug auf die polnischen Staatsangehörigen litauischer Nationalität von einem Komitee geprüft werden soll, das aus dem Präsidenten des Rates und zwei Mitgliedern des Rates besteht;
7. beschließt er, daß im Falle eines Zwischenfalles an der Grenze oder der Gefahr eines Zwischenfalles der Generalsekretär des Völkerbundes auf Antrag der beiden Regierungen sofort den Präsidenten des Rates in Kenntnis setzen soll,

damit die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden können. Der Völkerbundsrat stellt weiter fest, daß die beiden Regierungen sich verpflichten, bei einer derartigen Untersuchung des Völkerbundes den Völkerbund mit allen Mitteln zu unterstützen;

8. nimmt er mit Genugtuung von der Erklärung des Vertreters Polens Kenntnis, nach der die polnischen Staatsangehörigen, die in der Lage der litauischen Regierung erwähnt sind, zur Rückkehr nach Polen berechtigt sein sollen.

Der Bericht des Berichterstatters enthält neben dieser Erklärung einen ersten allgemeinen Teil, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Unsicherheit, die bis jetzt in dem östlichen Teil Europas herrschte, einen für den Frieden wenig günstigen Zustand herbeigeführt habe. Weiter wird hervorgehoben, daß die Entschliebung in keiner Weise die Regelung derjenigen Differenzen berühre, über die die Regierungen verschiedener Ansicht seien.

Nach der einstimmigen Annahme dieser Erklärung gaben der polnische Außenminister Jaleski und der litauische Ministerpräsident Wolde maras folgende gleichlautende Erklärungen ab: „Im Namen meiner Regierung erkläre ich mich mit dem Bericht des Berichterstatters einverstanden.“

Wolde maras zur Entscheidung des Rates.

Der litauische Ministerpräsident Wolde maras äußerte sich Pressevertretern gegenüber über die Entscheidung des Völkerbundsrates. Wolde maras betonte zunächst, daß die Entschliebung lediglich einen ersten Schritt zur Annahme von Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen bedeute. In der Lage zwischen den beiden Ländern habe sich tatsächlich zunächst nichts geändert. Vorläufig würden weder die diplomatischen Beziehungen aufgenommen noch der Eisenbahnverkehr zwischen den beiden Ländern wiederhergestellt werden, solange die Verhandlungen nicht zu einem positiven Abschluß gelangt seien. Ueber das Wilna-Problem sei bisher noch nicht verhandelt worden. In den bevorstehenden Verhandlungen zwischen Polen und Litauen müsse zunächst ein provisorischer Modus vivendi gefunden werden.

Die Ruhrschäden vor dem Reichstag

Der Bericht des Untersuchungsausschusses

U. Berlin, 12. Dez. Auf der Tagesordnung der Samstagtagung des Reichstages stand der Bericht des Untersuchungsausschusses, welcher sich mit den Entschädigungen für den Bergbau des besetzten Gebietes beschäftigt hat.

Der Ausschuss erklärt, daß in der ohne Wissen des Reichstages vorgenommenen Zahlung einer Entschädigung von 715 Millionen eine objektive Verletzung des Staatsrechtes des Reichstages vorliege. An den Ruhrkohlenbergbau seien zwar keine Doppelzahlungen, wohl aber Überzahlungen in erheblichem Umfange erfolgt, deren Höhe mangels genauer Unterlagen nicht festgestellt werden könne. Die Bergbauindustriellen seien auch wesentlich günstiger behandelt worden als die übrigen durch die Ruhrbesetzung Geschädigten. Der Ausschuss bezeichnet es schließlich als erwünscht, die der Großindustrie gewährte Begünstigung durch ausreichende Entschädigung der geschädigten Arbeiter und Angestellten und des Mittelstandes auszugleichen.

In Verbindung mit diesem Ausschussbericht kam eine kommunistische Interpellation zur Beratung, in der eine ausreichende Entschädigung der geschädigten Arbeiter und Angestellten und des Mittelstandes gefordert wird. Die Kommunisten beantragen weiter eine Änderung des Ausschussantrages, wonach es heißen soll: „Die für diesen ungeheuerlichen Skandal in erster Linie verantwortlichen Männer, der damalige Reichskanzler Dr. Stresemann und Reichskanzler Dr. Brüning, sind wegen der Verletzung des Staatsrechtes des Reichstages und ungeheurer Verschwendung von Reichsgeldern an die Ruhrindustriellen vor den Staatsgerichtshof zu stellen. Die 7715 Millionen sind wieder einzuziehen.“

In der Aussprache erinnerte Abg. Limberg (Soz.) daran, daß die Bevorratung der Ruhrindustriellen nur durch einen Zufall bekannt geworden sei. Die Ruhrindustriellen hätten planmäßig die von Erzberger und Rathenau versuchte Verständigungspolitik sabotiert. Stinnes habe geradezu der

Stabilisierung entgegen gearbeitet, indem er seine aus der Inflation gemachten riesigen Gewinne zum großen Teil im Auslande anlegte. Er habe auch mit Energie den Gedanken einer Reichszerschlagung, der Bildung einer besonderen Ruhrprovinz vertreten. Abg. Limberg schloß, es sei notwendig, einen Ausweg zu schaffen durch gerechte Entschädigung der Arbeitnehmer und des gewerblichen Mittelstandes.

Abg. von Lindeiner-Wildau (Deutschnat.) erklärte, die einseitige Darstellung des Abg. Limberg verfehle bei den jetzigen Auseinandersetzungen über die Reparationsfrage Deutschlands Gegner in eine günstige Lage. Der sozialistisch orientierte Bergarbeiterverband habe seinerzeit selbst von der Regierung eine Entschädigung an die Bergindustrie für die Ricumlasten gefordert, und der damalige sozialdemokratische Reichsinnenminister Sollmann habe der Entschädigung zugestimmt.

Abg. Esser (Z.) hofft, daß ein gründliches Studium des umfangreichen Ausschussberichts aufklärend wirken und den demagogischen Behauptungen von einem Ruhr-Panama und von einem Riesengewinn an die Ruhrindustrie ein Ende machen werde. Heute sei in den weitesten Kreisen die Erinnerung verblüht an den passiven Widerstand im Ruhrgebiet und daran, daß damals alle Bewohner des Ruhrgebietes ohne Unterschied der Partei und des Standes ihre Existenz aufs Spiel gesetzt haben im Kampfe gegen die Unterdrückung.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) betonte, daß die Vorgehensbehandlung der Ruhrindustrie durch die Ausschussuntersuchung erwiesen sei. Es mußte als ein Unrecht empfunden werden, daß der Ruhrbergbau ohne Kenntnis des Reichstages 700 Millionen bekam zu einer Zeit, als den übrigen Geschädigten gesagt wurde, sie könnten nichts bekommen. Der Rechtsanspruch der Ruhrindustrie sei zudem sehr zweifelhaft. Unter diesen Umständen war die Zahlung eine größte Verletzung des Staatsrechtes. Der Redner bezeichnete die Entschädigung der Ruhrindustrie als eine der bedauerlichen Folgen des starken Anwachsens der Konzernbildung in Deutschland, die immer mehr Einfluß auf die Regierungsgeschäfte zu gewinnen suche. Die Aussprache wird fortgesetzt.

Tages-Spiegel

Der Völkerbundsrat nahm einstimmig eine Entschliebung über die Beilegung des polnisch-litauischen Konflikts an.

Mit der Entscheidung des Rates ist nur ein erster Schritt getan, die Verhandlungen zwischen Polen und Litauen sollen im Januar beginnen.

Am gestrigen Sonntag fanden in Genf Besprechungen zwischen Dr. Stresemann, Briand und Pilsudski statt.

Auf einer Zusammenkunft der Außenminister Englands, Frankreichs, Italiens und des englischen Botschafters in Rom wurde die Frage der französisch-italienischen Beziehungen erörtert.

Der Reichstag verhandelte am Samstag über die Ruhrentschädigungen und vertagte die weitere Aussprache auf Montag.

Im Lohnkonflikt in der Schwerindustrie haben erneut ergebnislose Verhandlungen stattgefunden. Von der Schlichterkammer wurden Sachkommissionen zur Untersuchung des Streites eingesetzt.

Mit einer Mehrheit von 642 gegen 348 Stimmen wurde gestern in Tübingen der Landtagsabg. Scheef zum Oberbürgermeister gewählt.

Die Sonntagsbesprechungen in Genf

U. Genf, 12. Dez. Der gestrige Sonntag war einer Reihe von einzelnen Verhandlungen gewidmet. Am Vormittag empfing Briand den litauischen Ministerpräsidenten Wolde maras, der, wie mitgeteilt wird, dem französischen Außenminister seinen Dank für die vermittelnde Tätigkeit ausgesprochen hat. Sodann fand ein Frühstück statt, an dem Briand, Chamberlain, Scialoja und Graham teilnahmen. Um 5 Uhr nachmittags suchte Briand Stresemann auf. Die Unterredung dauerte bis kurz vor halb 7 Uhr. Ferner fand gestern nachmittag eine Unterredung zwischen Jaleski und Wolde maras statt.

Pilsudski bei Stresemann.

U. Genf, 12. Dez. Im Anschluß an ein Frühstück bei Briand fand eine eineinhalbstündige Unterredung zwischen Stresemann und Pilsudski statt. Von beiderseitiger Seite wird mitgeteilt, daß in dieser Unterredung von polnischer Seite ausdrücklich der Wunsch geltend gemacht worden sei, zu einer Verständigung über alle zwischen Deutschland und Polen schwebenden Fragen zu gelangen. Welchen tatsächlichen Verlauf die Unterredung genommen hat, wird nicht mitgeteilt; jedoch sind zweifellos sowohl die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen als auch eine Reihe anderer Fragen zwischen den beiden Staatsmännern zur Sprache gekommen.

Heute Abreise Briands und Chamberlains.

U. Genf, 12. Dez. Der französische Außenminister Briand wird voraussichtlich heute mittag Genf verlassen. Es verlautet, daß er an der heutigen Vormittagsitzung des Rates nicht teilnehmen, sondern sich durch Vizepräsidenten vertreten lassen wird. Paul Boncour ist bereits nach Paris zurückgekehrt. Chamberlain verläßt Genf heute abend. Die deutsche Delegation wird nach den bisherigen Dispositionen am Dienstagvormittag abreisen.

Das Arbeitsprogramm des Reichstages

U. Berlin, 12. Dez. Entgegen der ursprünglichen Absicht des Reichstages ist die zweite Lesung der Besoldungsvorlage nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt worden. Der Aeltestenrat wird vielmehr heute zusammentreten, um über die weitere Geschäftslage zu beraten. Es wird jetzt in parlamentarischen Kreisen bezweifelt, daß der Reichstag noch über den 16. Dezember hinaus zusammen bleiben kann, zumal an diesem Tage die Bayerische Volkspartei ihren Parteitag abhält und nach alter Übung die Plenarsitzungen während der Parteitage ausfallen. Um die rechtzeitige Erledigung des Etats jedoch nicht zu gefährden, wird deshalb bei den Regierungsparteien erwogen, den Etat vor der ersten Beratung dem Haushaltsausschuss zu überweisen. Dieser könnte dann seine Arbeiten bereits am 10. Januar wieder aufnehmen, während die erste Lesung des Etats mit der allgemeinen Aussprache erst beim Wiederauftreten am 19. Januar erfolgen würde.

Das Programm des neuen Kabinetts.

(Schluß.)

Die zunehmende Verflechtung Deutschlands in die Weltwirtschaft, sein steigender Anteil am Weltmarkt, berechnen ebenso wie deutliche Anzeichen der Erholung seines Binnenmarktes von der schweren Krise des Winters 1925/26 zu der Hoffnung wirtschaftlichen Wiederaufstieges. Die Regierung wird durch Ausbau des Handelsvertragswertes und durch Exportförderung den Absatz unserer Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu erweitern tatkräftig bemüht sein. Alle Maßnahmen, die bestimmt und geeignet sind, wirtschaftsfeindliche Schranken zu beseitigen und Wirtschaftssolidarität zu wecken, wird sie bereitwillig unterstützen. Sie wird sich an der Weltwirtschaftskongress durch tätige Mitarbeit beteiligen. Die Pflege unserer heimischen Landwirtschaft wird sich die Reichsregierung ganz besonders angelegen sein lassen. Es wird darauf Bedacht genommen werden, daß die schwebenden Schulden der Landwirtschaft in langfristigen Realrediten zu tragbaren Bedingungen übergeführt werden und daß ein Sinken des allgemeinen Zinsfußes auch den landwirtschaftlichen Schuldnern zugute kommt. Nur durch Sicherheit des Ertrags der landwirtschaftlichen Arbeit wird es gelingen, das Abfließen der landwirtschaftlichen Bevölkerung in die Städte aufzuhalten und den Arbeitsmarkt zu entlasten. Die Erhaltung einer möglichst großen Anzahl leistungsfähiger Eigenbetriebe in Handwerk, Handel und Gewerbe fällt die Reichsregierung für eine volkswirtschaftliche, soziale und staatspolitische Notwendigkeit.

Zur Förderung des Handwerks soll u. a. der Entwurf einer Novelle zur Gewerbeordnung dienen, die die wichtigsten handwerklichen Fragen neu regeln wird. Die monopolistische Ausbeutung des deutschen Marktes muß verhindert und dafür gesorgt werden, daß die Erzeugung der wirtschaftlich fortgeschrittenen Organisationsformen und der sich entwickelnden Rationalisierung allen Teilen der Bevölkerung zugute kommen. Die Reichsregierung wird sich nach Kräften für die Hebung der Kaufkraft und der Lebenshaltung einsetzen. Dazu gehört auch die Förderung der Kapitalbildung und die weitere Senkung des Zinsfußes, sowie Erleichterung der Kreditgewährung. Zum Ausgleich der Interessen und Eingliederung aller Wirtschaftskräfte in den Dienst am Gemeinwohl nach endgültiger Konstitution des Reichswirtschaftsrates wird die Reichsregierung die im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehene Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaft im Geiste der kürzlich im vorläufigen Reichswirtschaftsrat zustandekommenen Einigung weiter ausbauen. Auf dem Gebiete der Rechtspflege harrten große Aufgaben der Erledigung. Der Entwurf eines allgemeinen deutschen Strafvollzugsgesetzes, der uns auch die Rechts einheit mit Oesterreich auf diesem wichtigen Gebiet bringen soll, wird voraussichtlich in diesem Frühjahr dem hohen Hause vorgelegt werden. Damit in engster Verbindung steht der gleichfalls vorbereitete Entwurf des Strafvollzugsgesetzes, durch den der alte Wunsch nach einer reichsgesetzlichen Regelung des Strafvollzugsrechtes verwirklicht werden soll. In der tätigen Mitarbeit in der Gestaltung und Fortbildung der zwischenstaatlichen Rechtsbeziehungen steht die Reichsregierung eine wichtigste Gegenwartsaufgabe. Neben der von dem Deutschen Juristentag zur Prüfung der Reformbedürftigkeit des Aktienrechts eingesetzten Kommission nimmt die Prüfungsarbeit der Reichsregierung ihren Fortgang, die mit Beschleunigung gefördert werden soll. Mit ernster Sorge steht die Reichsregierung, wie Rechtspflege und Gerichte mehr und mehr zum Gegenstand maßloser öffentlicher Kritik gemacht werden. Die Reichsregierung ist sich bemüht, daß die Justiz, um ihren hohen Beruf zu erfüllen, das Vertrauen der Bevölkerung nicht entbehren kann und wird zur Festigung dieses Vertrauens tun, was in ihren Kräften steht. Das hohe Gut der richterlichen Unabhängigkeit, die unentbehrliche Grundlage jeder geordneten Rechtspflege, ist die Reichsregierung gewillt, mit allen Mitteln zu schützen.

Zum Schluß erklärte der Reichskanzler, die neue Regierung werde mit Ernst und Festigkeit an die von ihr übernommene schwere Arbeit herangehen und ihr Bestes einsetzen, um auf dem Wege zum Wiederaufstieg unser Reich und Volk vorwärts zu bringen. Er appellierte an die Geschlossenheit der deutschen Volkvertretung und an ein geschlossenes Zusammenhalten des deutschen Volkes.

Das Echo der Regierungserklärung.

Die Morgenblätter nehmen zur gestrigen Regierungserklärung und zu den Reden der einzelnen Fraktionsführer eingehend Stellung. Der „Volksfreund“ stellt fest, die Regierungserklärung sei alles andere als eine Verschärfung der bekannten „Richtlinien“. Es sei nicht zu verkennen, daß mit diesem Dekret im Reichstag die großen Schwierigkeiten für ein passables, geschweige denn ein reibungsloses Arbeiten der neuen Koalition zunächst nur rednerisch überwältigt seien. Der „Tag“ sagt, der Luftakt habe stimmungsmäßig nicht gerade ermunternd gewirkt. Das dritte Leitmotiv hätte gefehlt und hätte fehlen müssen. Das parlamentarische Regiment sei müde und müde, ob es nun Mehrheit oder Minderheit heiße. Nicht freier einheitlicher Entschluß schmiedete den Ring der Verantwortlichen zusammen, sondern bitterste Pflicht. Die „Tägl. Rundschau“ stellt fest, als Ganzes betrachtet, habe die Regierungserklärung einen sehr günstigen Eindruck hinterlassen. Sie habe ein einheitliches Gepräge getroffen und all diejenigen Klagen gestraft, die schon im Voraus davon geredet hätten, die Regierungserklärung sei nach hartnäckigen Kämpfen im Kabinett zusammengestellt worden. Bezüglich der Rede des Grafen Westarp sagt das Blatt: Jeder unbefangene Zuhörer hätte den Eindruck gehabt, daß die Deutschnationalen eine gründliche Umstellung vollzogen hätten. Es wäre ungerecht, das nicht anzuerkennen. Wenn Graf Westarp betont habe, daß das Bekenntnis zur politischen Mitarbeit kein Verzicht auf grundsätzliche Anschauungen bedeute, so werde ihm jeder zustimmen.

Kleine politische Nachrichten.

Ein griechischer Kurier in Bulgarien ermordet? Nach einer Meldung des „Neuen Wiener Tagblattes“ soll ein griechischer Kurier auf bulgarischem Gebiet überfallen und ermordet worden sein. Die griechische Regierung hat in Sofia Protest eingelegt.

Der Mainzer Zwischenfall beigelegt. Der Zwischenfall, der sich vor einigen Wochen in einem Straßenbahnwagen der Linie Sonnenheim-Wombach zwischen einem Straßenbahnführer und einem französischen Fliegerhauptmann ereignete, wurde nunmehr in Gegenwart von Vertretern der Stadtverwaltung und der Justizbehörde, des Schaffners und des französischen Offiziers auf gutlichem Wege beigelegt.

Ein deutscher Dampfer auf Reparationskonto für Frankreich erkaufte. Wie aus Bordeaux gemeldet wird, wurde dort der auf Reparationskonto von Deutschland in Bremen erbaute Postdampfer „Althos“ übergeben. Das Schiff ist 172 Meter lang, hat einen Tiefgang von 13,65 Metern und eine Wasserverdrängung von 21 180 Tonnen.

Verdoppelung der Arbeitslosenunterstützung in Frankreich? Der französische Arbeitsminister empfing eine Abordnung von Arbeitslosen. Nachdem diese ihre Anliegen dem Minister vorgestellt hatten, versprach ihnen der Minister eine Verdoppelung der Arbeitslosenunterstützung und baldige Entscheidung über die vorliegenden Pläne zur Hebung der Arbeitslosigkeit.

Um die Verwaltungs-Autonomie Elsaß-Lothringens. Die Kammerkommission für Elsaß-Lothringen wählte den bisherigen Vorsitzenden Mullatke wieder. Sie befaßte sich sodann mit einem Resolutionsvorschlag, der von den katholischen Abgeordneten im Elsaß eingebracht war und die Regierung aufforderte, ein Gesetzesprojekt einzubringen, das sich für die regionale Verwaltungsautonomie für Elsaß-Lothringen mit eigenem Budget ausspricht. Die Kommission hat mit 16 zu 5 Stimmen einen Antrag Michauds angenommen, der diesen Vorschlag an die allgemeine Verwaltungskommission verweist.

London und die Lage in China. An maßgebender Stelle in London wird erklärt, daß sich die Verhandlungen in Hankau auf die neue Lage konzentrieren, die durch die Ablehnung der letzten britischen Vorschläge durch den kantonesischen Außenminister geschaffen worden ist. Die Regierung, die zurzeit einen ausführlichen Bericht des Unterhändlers in Hankau berät, wird ihm wahrscheinlich noch heute neue Instruktionen geben.

Vom Calwer Rathaus.

Stadtschultheiß Göhner eröffnet die Sitzung um 4 Uhr. Nach Verlesen der letzten Sitzungsberichte wird in die Tagesordnung eingetreten. Der Vorsitzende erteilt das Wort zunächst an Stadtpfarrer Frey zum Vortrag über das Ergebnis des letzten Sammelverkaufs der Stadtgemeinde. Zur Versteigerung kamen 500 Jm. zu einem Voranschlag von 11 672 RM. Die Gebote bewegten sich zwischen 131 und 143,7 Pf. (Vorstage). Erlöst wurden 199,8 Prozent der Forsttage, insgesamt 16 304 RM. Käufer sind die Baufirma Alber-Caw und Sägewerksbesitzer Barts-Calmbach. Der Gemeinderat genehmigt den Verkauf. In Anbetracht des günstigen Erlöses wird ein weiterer Verkauf von 600 Jm. für die nächste Woche genehmigt. — Die Einführung der bereits vor Jahresfrist fertiggestellten Stundenafeln an den höheren Schulen steht hierauf zur Beratung. Es handelt sich hierbei um die Wahl zwischen zwei sogenannten Zügen, einem Zug a, der die neuen Sprachen besonders erfaßt und einem Zug b, der die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer betont. Das Rektorat der höheren Schulen und auch die Elternversammlung hat sich für den Zug a ausgesprochen, in Erkenntnis der Bedeutung der Erlernung der neueren Sprachen und der Tatsache, daß bei einer Einführung des Zugs b in der Real- und Progymnasialabteilung die Schüler keinen Anschluß an die Klasse 7 einer auswärtigen Anstalt mehr gewinnen könnten, und da in diesem Fall dann nur noch eine Fremdsprache gelehrt würde, eine Zulassung zum Landexamen nicht mehr möglich sei. Nach längerer Ausföhrung von G. Bauehle, aus demem klar hervorgeht, daß für die hiesige Anstalt nur die Durchführung des Zuges a in Frage kommen kann — zur Einführung beider Züge sei die Anstalt zu klein —, entscheidet sich der Gemeinderat für die Einführung des letzteren in beiden Abteilungen der höheren Schulen. — Zwei Gesuche um läufliche Abtretung von Bauplatzstücken werden sodann behandelt. Bahnwärter Wählein ist um Ueberlassung eines Grundstückes am Gänsbudel, Direktor Kühle um die Ueberlassung eines 9 Ar großen Grundstückes am Leuchelweg (bei der Waldschule) eingekommen. Beide Gesuche finden Genehmigung, nachdem in längerer Aussprache, an der die G. Riederer, Bauehle, Schiele, Man, Sannwald, Anecht, Haise teilnahmen, die Bodenpreise im ersten Fall auf 1 M., im zweiten auf 2 M. festgesetzt worden waren. — Das bereits in der letzten Sitzung behandelte Gesuch der Landesjahrshule um Abgabe eines Grundstückes zur Errichtung einer Garage findet in dem neuen Vorschlag des Vorsitzenden, den Raum an der Rückseite der Turnhalle zur Verfügung zu stellen, eine befriedigende Lösung. Der Schuppen, der nach 12 Jahren in städtischen Besitz übergeht, befindet sich dann an einem geeigneten Platz. — Ein Vorschlag von Lokomotivführer Heß wird genehmigt. — Vom Bezirks-Handels- und Gewerbeverein wie von den hies. Schreinermeistern ist je ein Schreiben eingelaufen, in welchem auf die letzte Gemeinderatssitzung Bezug genommen wird. Der Handels- und Gewerbeverein verwahrt sich dagegen, daß der Eindruck erweckt wurde, als ob sich der Vorwurf des Gemeinderats gegen das gesamte Handwerk richte. Der Vorsitzende äußert hierzu, daß diese Annahme nicht zutrefte, daß die Stadt sich freue, wenn das Handwerk blühe, daß aber der berechtigte Wunsch vorhanden sei, daß bei den Kalkulationen gewisse Grenzen eingehalten würden. Bis jetzt habe man ja auch keinen Anlaß zu Klagen gehabt, habe im Gegenteil in den letzten Jahren in durchaus harmonischer Weise zusammengearbeitet. Das Schreiben der Schreinermeister wendet sich gegen die vom Stadtbauamt dargestellten Vergleiche zwischen den Voranschlägen bei dem staatl. und dem städt. Wohnungsbau und enthält eine ausführliche Darstellung der Voranschläge. Stadtbaumeister Schüttle geht nochmals in eingehenden Ausführungen auf die verschiedenen Voranschläge ein, verteidigt die einmündige Art seiner Darlegungen und weist darauf hin, daß die neue Aufstellung nicht völlig zutrefte. G. Zahn tritt für die Erklärung der Schreinermeister ein und hält das Herausheben einzelner Positionen ohne Berücksichtigung der Gesamtsummen für unberechtigt. — Der Vorsitzende gibt zu, daß das Herausheben einzelner Positionen durch den Stadtbaumeister wenigstens eine andere Vergleichsweise aus Mangel an Vorlagen nicht möglich war, ungünstig gewirkt habe und dies bedauerlich sei. G. Sannwald führt aus, der Gemeinderat habe den Vortrag des Stadtbauamts richtig aufgefaßt, er sei dem Handwerk stets wohl gesonnen gewesen,

er habe aber die Pflicht, bei Interesse von Stadt und Allgemeinheit darauf zu achten, daß normal kalkuliert werde. G. Man stellt bei Bestätigung des Kollegiums und des Vorsitzenden in eigener Sache ihm untergeordnete unwahre angeblich gegen das Handwerk gerichtete Äußerungen in der letzten Sitzung richtig. Die G. Stüber und Ferrer treten im weiteren Verlauf der Aussprache für die Interessen der Handwerker ein, auf welche nicht ganz zu Recht ein ungünstiges Licht gefallen sei; es sei selbstverständlich, daß man auf dem Rathaus auf eine normale Kalkulation achten müsse. G. Frommer spricht sich für engeres Zusammenarbeiten der Handwerker in den Innungen aus. Der Vorsitzende führt aus, daß die Stadt für einen leistungsfähigen Handwerkerstand eintrete und kein Interesse an Uneinigkeit oder minderwertiger Arbeit habe, die Zeiten seien für das Handwerk schwer, es werde aber bei normaler Kalkulation nach wie vor wohlwollende Berücksichtigung finden. — Die Schafweide wird zu den bissh. Bedingungen um 800 M an Meßgermeister H. Ziegler u. Genoss. neu verpachtet. — Für die Arbeiten zum Wasserleitungsbau nach dem Schützenhaus im Wege der Notstandsarbeit sind drei Offerten eingegangen. Die Arbeiten fallen an Bauunternehmer Wiber zu einem Voranschlag von 943 M. — G. Frommer stellt den Antrag, die beschädigten Fenster in der Turnhalle auszuklebern. Der Vorsitzende verspricht Abhilfe. — Auf ein dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme zugegangenes Schreiben der Betriebsinspektion betr. Sonderfahrten an den Rhein begutachtend, bemängelt G. H. a. l. e die Haltung des „Calwer Tagblattes“ gegenüber den Belangen der Reichsbahn. Es liege im Interesse der Allgemeinheit, daß das Blatt auf Sonderveranstaltungen und Fahrpländeränderungen unentgeltlich hinweise; man dürfe der Reichsbahn als Sachwalterin eines der größten Eigentumsanteile des deutschen Volkes im vaterländischen Interesse kostenpflichtige Veröffentlichungen im Angelegenheit der Tagespresse nicht zumuten. G. Sannwald unterstützt diese Auffassung und erklärt, er halte die Befragung der Sonderfahrten als Teil der Rathausberichterstattung für selbstverständlich. Nicht einverstanden erklären kann er sich mit dem ablehnenden Verhalten der Reichsbahn betr. Aufnahme der Kraftwagenlinien in den Fahrplan; es sei ein größeres Entgegenkommen der Reichsbahn angebracht. G. Man weist darauf hin, daß es die Tagespresse mit Recht ablehne, für die Reichsbahn als kostenloser Propaganda zu machen; es gehe weder einen Wirtschaftsbetrieb noch eine Behörde im Reich, die ein derartiges Vorrecht beanspruche, außer der Reichsbahn selbst. Einige Reichsbahndirektionen hätten bereits in Erkenntnis dieser Tatsache den Weg der Anzeigenwerbung beschritten. G. Bauehle betont, daß es sich bei der Führung eines Sonderzuges um eine rein geschäftliche auf Erwerb angelegte Veranstaltung handle und es in einem solchen Fall nicht mehr wie recht und billig sei, daß die Reichsbahn sich für andere Wirtschaftsunternehmen keinen Vorzug genieße. — Eine Anfrage von G. Zahn, ob für die Kraftwagenverkehrslinie Zwerenberg-Ebhausen Aussicht auf Konzessionierung bestehe, beantwortet der Vorsitzende bejahend. G. Sannwald spricht sich hierauf für eine Vermehrung des Autolinienverkehrs im Bezirk aus und verweist auf die Gefahr des wachsenden Abgangs der Bevölkerung des hinteren Waldes nach Altensteig, Bernsdorf und Ebhausen; es sei Aufgabe des Bezirkes, hier durch bessere Verkehrsverbindungen mit der Oberamtsstadt Abhilfe zu schaffen. Der Vorsitzende führt aus, daß wohl ein großes Bedürfnis von Seiten der Stadtgemeinde vorliege, daß aber mit einigermaßen rentierlichen Mitteln die Frage der Verkehrsverbindungen nicht gelöst werden könne, vielmehr große Opfer erfordern werde. Es sei notwendig, einen solchen Verkehr auf der breiteren Basis des Bezirkes aufzubauen. G. R. u. c. h. t. sieht keine Möglichkeit, den vom wirtschaftlichen Standpunkt aus natürlichen Zug der hinteren Waldorte nach Altensteig, Ebhausen und Bernsdorf der Oberamtsstadt zuzuwenden. G. Bauehle führt den gegenwärtigen, ungünstigen Zustand auf die frühere Vernachlässigung des Verkehrs und das Aufgerackel der fraglichen Gesichtspunkte bei der Anlage der Verkehrsstraßen im hinteren Wald zurück, er tritt für Verbeibehaltung der Autolinie Calw-Zwerenberg und ihren weiteren Ausbau bis Altensteig, sowie für eine weitere Befestigung des Verkehrs ein. Auch G. Man spricht sich in Verfolg seiner bisherigen Haltung für einen weiteren Ausbau der Verkehrsverbindungen im hinteren Wald aus. G. Beigel verweist in der Oberamtsstadt die Privatinitiative und verweist auf das Beispiel einer privaten Autoverkehrsgesellschaft in Nagold. Nachdem sich G. Frommer noch für eine Herabsetzung der Fahrpreise auf den Verkehrslinien ausgesprochen, macht der Vorsitzende Mitteilungen über die Verkehrsverbindung Calw-Altensteig, die in nächster Zeit eröffnet werden kann. Die Verhandlungen über den Fahrplan haben ein für Calw günstiges Ergebnis erbracht, es handelt sich jetzt lediglich noch um die Wahl des Unternehmers. G. Sannwald verpflichtet sich von dieser Linie, die Anschluß an die Linie Altensteig-Freudenstadt erhält während des Sommers einen rentierlichen Fremdenverkehr. — Nach Erledigung verschiedener Verwaltungsangelegenheiten und der Mitteilung, daß, wie bereits vom Oberamt öffentlich bekanntgegeben, die Bestimmungen des Wohnungsmanagelgesetzes für die Stadtgemeinde aufgehoben worden sind, schließt der Vorsitzende die Sitzung. — Anschließend Verwaltungsabteilungsitzung.

Wozu die Sonderzugsveranstaltung der Reichsbahnverwaltung, die, es sei von vorneherein ausdrücklich festgestellt, nicht etwa ins Leben gerufen wird, um bestehende Verkehrsbedürfnisse zu befriedigen, sondern lediglich zum Zwecke des Gelderwerbs in der Gemeinderatssitzung des Calwer Rathauses erörtert werden mußte, entzieht sich unserer Beurteilung, wir vermuten, daß in dieser Frage mehr ein subjektives als objektives Bedürfnis vorlag.

Unseren Standpunkt gegenüber dem Gebahren der Reichsbahn haben wir bereits vor einiger Zeit an dieser Stelle klar zum Ausdruck gebracht.

Auf Aufforderung unseres Verbandes hin veröffentlichten wir nunmehr in dieser Ausgabe die betreffende Notiz auszugswese.

Mit der Aufforderung teilt uns der Verband mit, daß zu Beginn der nächsten Woche in Stuttgart Verhandlungen beginnen, die eine endgültige Regelung der strittigen Frage erbringen dürften.

Wir werden durch diesen bevorstehenden Entscheid der Notwendigkeit entthoben, weitere Schritte zur Wahrung unserer Interessen auch noch bei den Instanzen zu unternehmen, die in erster Linie die Belange von Handel und Gewerbe, und somit auch die des Zeitungsgewerbes, zu vertreten haben, nämlich bei dem Handels- und Gewerbeverein und der Handelskammer Calw.

Die Schriftleitung.

Eine Reichsverwaltungsstelle für Ostpreußen

U. Berlin, 11. Dez. Amtlich wird mitgeteilt: Nach übereinstimmenden Entschliessungen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung ist im Reichsministerium eine Verwaltungsstelle eingerichtet worden, die unter der Leitung des Ministerialdirektors Dr. Dammann steht. Sie hat im engeren Einvernehmen mit den sonstigen sachlich zuständigen Ressorts namentlich auch den preussischen Dienststellen, die einheitliche und beschleunigte Behandlung aller auf Ostpreußen und die übrigen östlichen Grenzprovinzen bezüglichen Fragen sicherzustellen. Die Verwaltungsstelle hat ihre Arbeiten in gemeinsamen Beratungen mit den zuständigen Reichs- und preussischen Ressorts auf wichtigen Gebieten bereits soweit gefördert, daß voraussichtlich alsbald maßgebliche Entscheidungen getroffen werden können.

Die Kriegsschuldfrage

Es dämmert!

Bangsam aber sicher breitet sich in den Vereinigten Staaten die Erkenntnis aus, daß die Teilnahme am Weltkrieg auf Seiten der Franzosen und Engländer sich nicht mehr in das „moralische“ Mantelchen hüllen läßt, sie sei erfolgt, um „die Demokratie der Welt zu retten“. Nicht nur aus öffentlichen Kundgebungen namhafter Politiker ergibt sich die neue Einstellung, sondern auch aus weniger beachteten innerpolitischen Vorgängen. Wenn beispielsweise kürzlich das demokratische Staatskomitee Missouris den Senator James M. Reed einstimmig als demokratischen Präsidentschaftskandidaten aufgestellt hat, so ist das ein sehr bezeichnendes Ereignis. Reed wurde nämlich vor 7 Jahren aus der Partei ausgestoßen, weil er die Politik Wilsons bekämpfte und gegen den Versailler Schmachfrieden sowie den Putsch des Völkerbundes in seiner damaligen Gestalt auftrat. Seine jetzige Auffassung spricht also für einen Umschwung in der Stellungnahme der Demokratischen Partei des Staates Missouri zur Wilsonschen Politik. Wenn dieser Stimmungswandel wohl auch in erster Linie dem Umstand zu verdanken ist, daß trotz des Niesengeschäftes nicht alle Blütenräume der Dankes reiften, weil sich die ehemaligen Allerten zum Teil als faule Schulbuer zeigen, so kann er doch einer geschilderten deutschen Politik mancherlei Möglichkeiten bieten. Daher verdienen solche außenpolitisch scheinbar unerheblichen Ereignisse Beachtung.

Der polnisch-litauische Konflikt

Die Besprechungen der Staatsmänner in Genf.

Genf, 11. Dez. Der Freitag Nachmittag war mit einer Reihe von Besprechungen ausgefüllt, denen man erhebliche Bedeutung beimißt. Der polnische Außenminister hatte, wie bereits gemeldet, Briand und Chamberlain zu einem gemeinsamen Essen bei Pilsudski gebeten, an dem jedoch Chamberlain, der infolge einer früheren Verabredung mit Reichsminister Dr. Stresemann das zweite Frühstück nahm, erst zum Kaffe gegen 3 Uhr kommen konnte. Nach einem kurzen Zusammensein der vier Staatsmänner hatte dann der englische Staatsminister des Äußeren eine anderthalbstündige Unterredung mit Pilsudski. Weitere Besprechungen mit dem polnischen Ministerpräsidenten waren abends 6 Uhr noch nicht festgesetzt. Es gilt aber als sicher, daß er noch eine Reihe der hier weilenden Staatsmänner empfangen wird, darunter auch Reichsminister Dr. Stresemann.

Der litauische Ministerpräsident Woldemaras stattete kurz nach 5 Uhr dem französischen Außenminister Briand einen längeren Besuch ab. Es wird davon gesprochen, daß der polnisch-litauische Konflikt bereits in der nächsten öffentlichen

Ratsitzung, die auf Samstag vormittag 10,30 Uhr angeberst ist, zur weiteren Behandlung kommen soll.

Die Stimmung in Rom.

Wie der Sonderberichterstatter der Tel.-U. aus Rom meldet, verfolgt die litauische Öffentlichkeit den Verlauf der Genfer Verhandlungen mit wachsender Spannung. Während ein Teil der Öffentlichkeit die Ueberzeugung vertritt, daß Woldemaras in Genf seit bleiben und sich auf einen Kompromiß einlassen werde, befürchten andere Kreise, daß Woldemaras gezwungen sein werde, mit Polen Vereinbarungen zu treffen. In diesen Kreisen wird jedoch durch Woldemaras abzuschließende Kompromiß als eine Niederlage Litauens aufgefaßt. Die über den Gang der Verhandlungen in Genf durch die hiesigen Zeitungen nur sehr spärlich orientierte Öffentlichkeit — nur eine einzige litauische Zeitung ist in Genf vertreten — wartet mit Spannung auf das Eintreffen ausländischer Zeitungen mit den ausführlichen Berichten über den Verlauf der Genfer Verhandlungen. Die von Warschau aus verbreiteten Nachrichten über eine Konzentration litauischer Truppen an der Grenze oder sonstige Sicherheitsmaßnahmen über Einbruch und Dokumenten Diebstahl bei Woldemaras, über Massenverhaftungen usw. entsprechen nicht den Tatsachen. Verhaftet wurden vielmehr lediglich 7 Studenten, die in einer Seremonie in der Universität erklärten, Woldemaras würde in Genf Wilna an die Polen verkaufen. Von Truppenbewegungen und sonstigen Märschberichten ist nichts bekannt und das tägliche Leben nimmt seinen normalen Gang. Die Ruhe in der Bevölkerung und in den politischen Kreisen ist auf die allgemein verbreitete Ansicht zurückzuführen, daß Polen nicht in Litauen einfallen werde, solange die Verhandlungen in Genf nicht beendet seien. Mit einer solchen Geduld wird erst für den Fall gerechnet, daß die Genfer Verhandlungen scheitern und Pilsudski den Entschluß faßt, seine Drohungen gegen Litauen wahrzumachen, doch herrscht auch in dieser Hinsicht gewisse Ruhe, weil man der Ansicht ist, daß ein solches Vorgehen Polens die Existenz des Völkerbundes gefährden würde.

Neue polnische Hebergelände in Oberschlesien.

U. Kattowitz, 11. Dez. Von der Kattowitzer Polizeidirektion ist der Antrag des Verbandes der deutschstämmigen Kriegsbeschädigten und Kriegerverwundeten in Polnisch-Oberschlesien wegen Veranstaltung einer Sammlung zu einer Weihnachtsgesamtheit abgelehnt worden. Die Ablehnung dürfte zweifelsohne auf politische Momente zurückzuführen sein, zumal der deutsche Kriegsbeschädigtenverband schon früher bei Verteilung von Geldmitteln nicht bedacht worden ist. Hierüber liegt bereits eine Beschwerde beim Minderheitenamt vor.

Die italienische Frage

Italienische Mahnung an Frankreich und England.

U. Paris, 11. Dez. Eine italienische Persönlichkeit, die sich von dem französischen Vorkämpfer Besnard bei seiner Abreise auf dem Bahnhof in Rom verabschiedete, gab dem Vertreter von Havas eine Erklärung ab, in der sie die jüngsten Ereignisse als für die französisch-italienischen Beziehungen günstig bezeichnete. Es sei dabei jedoch notwendig, besonders auf die Tatsache hinzuweisen, daß die allgemeine italienische Frage, die nach dem Kriege entstand, unabhängig sei von den Streitfragen, die Frankreich und Italien vorübergehend trennen könnten. Wenn diese Streitfragen einmal gelöst seien, würde die italienische Frage in vollem Umfang bestehen bleiben, so wie sie aus dem Versailler Vertrag hervorgeht. Italien werde nur dann ein Friedensfaktor und ein Element des Gleichgewichts in der Welt werden können, wenn seine Regierung auf Grund konkreter außenpolitischer

Ergebnisse die Gegenwart und Zukunft des Landes konsolidiert habe. Es sei an Frankreich und England, zu überlegen, ob diese Länder nicht ein Interesse daran hätten, durch alle Maßnahmen die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern. Die französisch-italienischen Probleme seien nicht die ganze italienische Frage. Sie könnten jedoch den Ernst dieser Frage vermehren oder ihn zu bedauerlichen Mißverständnissen in einer mehr oder weniger nahen Zukunft umfächeln.

Aus den Parteien

Tagung der deutschnationalen Parteivertreter

U. Berlin, 11. Dez. Nachdem Parteileitung und Parteivorstand getagt hatten, trat die deutschnationale Parteivertretung zusammen. Mehr als 300 Vertreter aus dem ganzen Reich waren erschienen, so daß der große Festsaal des Landtags überfüllt war. Zunächst wurde das Thema „Verfassungs- und Verwaltungsreform“ besprochen. Berichterstatter waren die Reichstagsabg. Berndt und Geheimrat Eugen Berg. Im Anschluß an diese beiden Vorträge entwickelte sich eine ausgedehnte Aussprache, in die u. a. Reichsinnenminister v. Reudell, Ballraf und der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Winkler, eingriffen. Die Aussprache ergab vollständige in einer Entschliessung zum Ausdruck kommende Einmütigkeit. Später wurden Finanz- und Organisationsfragen besprochen. Hieran schloß sich eine Erörterung über die gegenwärtige politische Lage.

Aus aller Welt

Zum Tode verurteilt.

Das Schwurgericht in Frankfurt a. O. verurteilte den polnischen Schnitter Skoczylar wegen Mordes zum Tode. Der Verurteilte gehörte einer vierköpfigen Räuberbande an, von der zwei Mitglieder bereits hingerichtet sind, während Skoczylar und der vierte zu lebenslänglichen Zuchthausstrafen verurteilt worden waren. Nachdem man Skoczylar nun eine weitere Mordtat in der Nähe von Münchenberg nachgewiesen hatte, wurde auch er zum Tode verurteilt.

Keine Todesstrafe in Oesterreich.

Wie die Abendblätter aus Wien melden, wurde im Justizauschuß des Nationalrates ein Antrag auf Einführung der Todesstrafe mit allen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Schweres Bergwerkunglück in Zentralrussland.

Wie aus Moskau gemeldet wird, wurden in einem Bergwerk in Zentralrussland 78 Arbeiter verschüttet. 20 der Verschütteten konnten nur noch als Leichen geborgen werden. Die Bergungsarbeiten werden noch fortgesetzt. Als Ursache des Unglücks werden heftige Schneestürme angegeben.

Kapitän Kalors noch in Piratenhänden.

Die für Mittwoch erwartete Freilassung des in die Gewalt chinesischer Piraten gefallenen englischen Kapitans Kalors ist noch nicht erfolgt, da die Piraten nunmehr ein höheres Lösegeld verlangen. Nach Mitteilungen der englischen Admiralität stehen bestimmte Mittelungen über das Schicksal Kalors noch aus. Die Nachforschungen nach dem Gefangenen sind seit Mittwoch im Gange und dauern zur Zeit noch an. Unbekümmert um die zu ihrer Bekämpfung eingeleiteten Maßnahmen setzen die Piraten ihr Unwesen in den Küstengewässern fort. Gestern wurde nur 20 Meilen von Kanton entfernt ein 1865 Tonnen großer Dampfer, der jedoch entkommen konnte, von den Seeräubern beschossen.

Wier Opfer eines Flugzeugzusammenstoßes.

Nach einer Meldung aus Tokio sind 2 japanische Marineflugzeuge bei Nachtflügen über dem Flugplatz von Urua zusammengestoßen. Beide Maschinen stürzten ab und wurden zertrümmert. Pilot und Beobachter beider Flugzeuge wurden getötet.

Die gläserne Welt

87 Roman von Otfried v. Hanstein.

Der Redakteur ist müde. Aber seine Pflicht ist es, hier noch zu wachen. Jeder Augenblick kann irgendwoher ein Telegramm oder einen drahtlosen Funkpruch bringen, der noch zu berücksichtigen ist. Aber er hat nichts zu tun.

Er gähnt und raucht eine Zigarre. Da fällt ihm ein, er war ja an diesem Nachmittag auf der Generalversammlung der Hölberlinwerke. Von dem glänzenden Sieg des Kommerzienrats und seiner begeisterten Rede hat er schon berichtet. Jetzt fällt ihm ein, von zwölf bis eins ist das Rundfunkkonzert. Warum soll er nicht lauschen, um sich die Zeit zu vertreiben. Er sieht nach der Uhr. Es ist ein Viertel nach zwölf. Er rückt den lautverstärkenden Trichter zurecht und schaltet den Apparat ein. Leise schmeichelnde Musik tönt herüber. Felix Robert Mendelssohn, der geniale Cellospieler, von dem kongenialen Walter Meißner begleitet, spielt ein Konzertstück.

Kommerzienrat Hölberlin bietet seinen Aktionären in der Tat ein herrliches Schlummerkonzert. Der Redakteur beschließt, diese Mitternachtsmusik morgen noch besonders zu rezensieren. Die Töne verklingen. Eine Pause — nein — keine Pause, ganz laut und vernehmlich tönt aus dem Rundfunk eine menschliche Stimme.

Das Unglaubliche ist Severin Magnus gelungen. Gedanken direkt wieder in tönende Worte umzusetzen. Wie genau muß er die Schallwellen studiert haben, die Kommerzienrat Hölberlins Stimme hervorbringt, daß deutlich diese Stimmen in den Worten jetzt zu erkennen ist, in den Worten, die die Gedanken in alle Welt jetzt hinausschreien. Die Reinhold Hölberlin im einsamen Zimmer an seinem Schreibtisch denkt, nicht ahnend, daß der Radio-Cerebrator an diesem Stuhl befestigt ist.

Auch der Redakteur weiß nichts davon. Er glaubt, den Kommerzienrat selber zu hören:

„Ich habe gelogen. Ich, Reinhold Hölberlin, ich, der ich sechzig Jahre ein makelloes Leben geführt, ich habe gelogen, ich habe wider mein besseres Wissen die Aktionäre betrogen. Ich habe ihnen nicht gesagt, daß schon heute vormittag die definitive Ablehnung des amerikanischen Konzerns kam. Ich habe ihnen nicht gesagt, daß unsere Kassen vollkommen leer sind. Daß Wechsel laufen, die ich nicht zahlen kann. Daß nur das neue Geld, was sie morgen einschicken sollen, uns vorläufig über Wasser hält. Und weiß ich, ob dieses Geld uns rettet, war es nicht eine Torheit, noch gutes neues Geld dem verlorenen alten nachzuwerfen? Wird es uns helfen, kann es uns helfen? Ich glaube es selbst nicht. Ich habe wie ein Schurke an unseren Aktionären gehandelt.“

Der Redakteur steht entsetzt und starrt in den Apparat. Die Worte sind verstummt. Wie ein Hohn ist es, daß in diesem Augenblick eine lustige Operettenweise aus dem Schalltrichter ertönt. — Der Redakteur hat fieberhaft die Worte auf Papier geworfen. Nun rast er in die Druckerei hinunter:

„Die Maschinen aufhalten, den Druck unterbrechen. Eine Sensationsnachricht, die notwendig hinein muß!“

„Sensationelle Enthüllungen. Die Hölberlinwerke vor dem Konkurs. Die Generalversammlung düpiert. — Widerruf und schreckliche Enthüllungen, die Kommerzienrat Hölberlin macht.“

Und wie auf dieser Redaktion, ist es auf den anderen. Alle Zeitungen waren ja angeschlossen an diesen Spezialrundfunk der Hölberlinwerke, an dieses mitternächtliche Sonderkonzert. Ueberall stehen die Druckmaschinen, überall fliegen die Federen der Redakteure über das Papier.

Ueberall arbeiten die Schmaschinen in fiebernder Eile. Im Hotel Erzelsfor herrscht wildester Aufruhr. In zweihundert Zimmern lauschen zweihundert Ohren dem Gedankengeständnis des Generaldirektors der Hölberlinwerke. Türen werden aufgerissen, Herren stürzen heraus. Einzelne schon im Pyjama, andere wieder in Mantel und Hut, so wie sie gerade kamen. Lächerlich ist es, wie zweihundert Schalltrichter fröhliche Operettenmelodien in leere Zimmer hineinschmettern. In der großen Halle sammelt sich alles.“

„Haben Sie gehört?“

„Die Hölberlinwerke sind pleite.“

„Der Kommerzienrat hat uns belogen.“

„Schwindel war alles.“

„Habe ich es nicht immer gesagt?“

„Unser Geld ist verloren.“

Wie auf der Börse, wenn um zwölf Uhr mittags die spekulationswütigen Spieler durcheinanderschreien, ist's jetzt in der großen Halle des stillen Hotels. Der Direktor sucht vergebens zu beruhigen, Gruppen beraten. Andere jammern und schreien. Wieder andere rennen an die Telephone. Rechtsanwälte werden aus ihrem Schlummer geschreckt. Wildestes Lohmabohu. Wie der Morgen kommt und noch ehe die Zeitungen die neue Sensationsnachricht hinaustragen in alle Welt, ist das Schicksal der Hölberlinwerke, — das Schicksal des Kommerzienrats Reinhold Hölberlin schon besiegelt.

Oben in seinem Amtszimmer liegt Hölberlin, das Haupt in die Hände gelegt und schläft den Schlaf vollkommener Erschöpfung. Er weiß nicht — er ahnt nicht, was in diesen Stunden geschehen.

(Fortsetzung folgt.)

LUGER

Hiermit bringen wir der verehrl. Einwohnerschaft von

Calw und Umgebung

zur Kenntnis, daß wir in der

Lederstraße Nr. 117

eine Filiale eröffnet haben.

Wir gestatten uns, auf unsere Bellage aufmerksam zu machen.

Wir empfehlen außerdem:

Sämtl. Back-Artikel

in nur ersten Qualitäten.

Ia Kunsthonig

Pfd.-Paket **40** Pfg.

Neue Sendungen:

Hasselkerne Pfd. **1.10**

süße Mandeln „ **2.00**

Span. Orangen

Pfd. **25** Pfg.

Mandarinen

Pfd. **40** Pfg.

Bochf. Fischmarinaden

Bismarckheringe

Rollmops

1 Liter Dose **1.00**

Geleeheringe

Chinchards

Delikatessfische in Öl

ca. 1-Pfd.-Dose **1.00**

Bochf. Oelsardinen

Dose ab **32** Pfg.

5 Proz. Rabatt in Marken

Verlangen Sie Rabattmarken!

Passende

Weihnachts-Geschenke

Blocker
Roßhaarbesen
Wollbesen
Seifen-

Geschenkkarton
Parfümerien
Toilettenartikel

in großer Auswahl bei

Reinhold Hauber.



Ständiges Inserieren bringt Gewinn!

Als passende Weihnachts-Geschenke

empfehle
Gesangbücher
Gebet- und Predigtbücher
Vergilmeinnichte
Kochbücher
Kochrezeptbücher
Jugendchriften
Bilderbücher
Spiele
Schreib- und Postkarten-Albums
feine Briefpapiere in Mappen u. Kassetten
Füllfederhalter
Schöne Wand- und Stellsprüche
Postkarten-Rahmen

C. Bub

Buchbinderei und Schreibwaren Salzgasse hinter dem Rathaus



Back-Artikel

Staub-, Sand- u. Hagelzucker
Mandeln
Haselnußkerne
Cocosfloeken
Wallnüsse

Kaliforn. Schleuderhonig, Kunsthonig
Zitronat, Orangeat
Böhmische Birnhutzeln
Zwetschgen, Feigen
Zitronen

Schokolade
Cocosfett
Blauband u. Rama
Hirschhornsalz
Backpulver
Vanillinzucker
Gewürze

Eugen Dreiß am Markt.

Größte Auswahl u. billigste Preise haben Sie bei Einkauf von

Puppenwagen, Kinder- und Sportwagen, Bubiräder, Holländern, Radelrutschen, Kinderstühlen und Schaukeln, Rubestühlen, Korbfesseln

in Weide und Pädig usw. in der Spezialabteilung f. Kinderwagen und Korbmöbel bei

Otto Weißer Kronengasse

Geige

als Weihnachts-Geschenk passend, verkauft. Wer, sagt die Geschäfts- u. s. w.

Wir haben uns zur gemeinsamen Bearbeitung des Geschäfts in **Kältemaschinen** in der Weise verbunden, daß die Herstellung von Groß-Kältemaschinen ausschließlich in der Maschinenfabrik Eßlingen, diejenige von Klein-Kältemaschinen nach Systemen getrennt teils in der Maschinenfabrik Eßlingen teils in den Südrer Werkstätten der Gesellschaft für Linde's Eismaschinen erfolgt, wogegen der gesamte Vertrieb für Groß- und Klein-Kälteanlagen in den Händen der Gesellschaft für Linde's Eismaschinen liegt.

Die Vertretung der **Linde-Gesellschaft in Württemberg** übt das **Verkaufsbüro der Maschinenfabrik Eßlingen** in Stuttgart, Tübingerstraße 33, Telephon 701 46-49 aus.

Wir liefern:

Ammoniakkompressoren System Linde
Kohlensäurekompressoren System Linde M. A. N.
Kleinkältemaschinen System Eßlingen
Kälteautomaten „Autopolar“ System Linde-Südrh
Kühlschränke System Linde-Walb und Eßlingen

Maschinenfabrik Eßlingen in Eßlingen

Gesellschaft für Linde's Eismaschinen in Wiesbaden

Großer Weihnachts-Verkauf

zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Prüfen Sie bitte unsere Qualitäten und Preise, u. Sie werden finden, daß wir Ihnen Außergewöhnliches bieten.

Einige Beispiele:

Herren-Hosen 22.-, 17.50, 14.50, 12.50, 10.-, 9.50, 7.50, 5.50, 4.25

Herren-Mäntel 85.-, 75.-, 56.-, 45.-, 32.-

Herren-Anzüge 85.-, 75.-, 65.-, 50.-, 40.-, 30.-

Herren-Lodenjoppen, gefüttert 21.-, 14.-

Herren-Oberhemden 9.50, 7.50, 5.50, 4.25

Einsatzhemden 5.50, 4.50, 3.50, 2.50, 2.-

1 Posten gefütterte Unterhosen 4.25, 3.75

Socken, Kragen, Kravatten und Handschuhe

in größter Auswahl und zu billigsten Preisen

Damenkleider 40.-, 35.-, 32.-, 28.-, 25.-, 21.-, 17.-, 14.50, 12.-, 9.50

Damenmäntel 60.-, 55.-, 50.-, 45.-, 40.-, 35.-, 28.-, 25.-, 19.-

Damenwesten mit Pelzbesatz 17.50, 14.50, 13.50

Sämtliche Damenwäsche zu den denkbar billigsten Preisen

Knabenhosen von 2.95 an **Burschenhosen von 3.95 an**

Ein Posten gesirrierte Knabenanzüge bis 10 Jahre 9.75

Ein Posten Knaben-Sweateranzüge 9.50, 8.50, 7.50

Knaben-Manchesteranzüge 21.- bis 12.-

Blaue Matrosenmäntel 17.50 bis 11.-

Windjacken für Damen, Herren und Knaben in allen Preislagen

Kinderkleider von 2.25 an

Calwer Woldecken in großer Auswahl

Betttücher 6.-, 4.75, 3.50, 2.95 **Tischdecken** 15.- bis 3.50

1 Posten Wachstuch 2.25, 1.95 **1 Posten Anzugstoff m** von 25.- bis 5.-

Bettvorlagen von 95 Pfg. an **Hemdenflanell** von 62 Pfg. an

Taschentücher von 10 Pfg. an

Sämtliche Manufakturwaren

haben wir im Preise **bedeutend herabgesetzt**, sodaß es für jedermann leicht ist, seinen Weihnachtsbedarf bei uns zu decken.

Trotz dieser billigen Preise erhält jed. Käufer beim Einkauf von 5 M. an ein prakt. Geschenk

Geschwister Kleemann Calw

O b e r e B l e r g a s s e 1 2 8

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!

Großer Posten

Reste

eingetroffen

in Schürzenzeug, Baumwollflanell

für Kleider, Unterröcke, Hemden usw. **Satin** einfarbig u. gemustert, **Woll- u. Waschmouffeline** Möbelkrepp etc. zu sehr billigen Preisen **Geschw. Stanger, Ob. Marktstr. 23**

Goldfüllhalter

bei
Fr. Häussler

Pfannkuch

Zur Weihnachtsbäckerei

Feinstes Weizenmehl
Spezial 0 23 Pfund | Auszug 00 26 Pfund

Allerfeinstes Konjunkturmehl
"Heft Gold" 5 Pfund-Beutel 1 40
Mühlpackung

Rußbutter (Margarine) Pfd. 85

Pflanzenfett 1 Pfd.-Tafel 63

Schweineschmalz gar. rein Pfd. 84

Hafelnußkerne 110 Pfund RM.

Mandeln Pfund 2.-

Kokosflocken Pfund 60

Sultaninen 1/2 Pfund von 20 an

Rosinen - Korinthen

Zitronat u. Orangeat

Freische Allgäuer
Tafelbutter Pfund 230 RM.

Eier
Siebeier 160
10 Stück

Holländer extra
besonders
schwere Ware 190
10 Stück

Bienenhonig
garantiert rein

1/2 Glas 80 Pfg.

1/4 Glas 145 RM.

einjäh. Glas

Kunsthonig

5% Rabatt
Beifolgen Sie
Rabattmarken

Pfannkuch

Einklebalbum

bei
Fr. Häussler

Für die kältere Jahreszeit empfehle ich in allen Größen gefrickte

Sweter, Westen und Pullover

Größe 1 = bis 3 Jahre alt
2.80, 2.95, 4.50, 5.50, 5.60, 6.10, 6.30

Größe 2 = bis 5 Jahre alt
3.40, 4.35, 4.90, 4.95, 6.45, 6.50, 6.80, 6.90, 7.20, 7.60

Größe 3 = bis 7 Jahre alt
3.80, 3.90, 4.80, 5.40, 6.80, 7.20, 7.50, 7.60, 7.95, 8.60

Größe 4 = bis 10 Jahre alt
5.25, 5.85, 7.25, 7.40, 8.00, 8.10, 8.30, 8.60, 8.70, 9.70

Größe 5 = bis 14 Jahre alt
5.85, 6.45, 6.70, 7.50, 8.00, 8.80, 8.85, 9.20, 9.60

Größe 6 = bis 17 Jahre alt
6.45, 8.00, 8.90, 9.60, 10.00, 10.50, 11.60

Größe 7 = für Erwachsene
7.00, 7.65, 8.80, 9.60, 10.50, 11.60, 12.15, 12.75, 13.20

Rübler-Sweter

in vielen Farben

Paul Röchle, am Markt, Calw

Kunstgewerbliche Gegenstände

in Glas, Keramik,
Holz und Zinn

sind heute moderne Geschenk-
Artikel, mit denen man bestimmt
Freude bereitet und gleichzeitig
einen guten Geschmack verrät.

Meine kunstgewerb-
liche Ausstellung im
Schaufenster und in
meinen Innenräumen
bietet Ihnen eine Fülle von ent-
zückenden Gegenständen.

Möchten Sie sich diese nicht
gerne ansehen!

Fr. Häussler,
Buch- und Kunsthandlung.

Der Anzeigenteil

dieses Blattes
zeigt, was Sie zu Weihnachten
alles schenken können.

Bilderbücher

bei
Fr. Häussler

Meiner werten Kundschaft zur gest. Kenntnisnahme,
daß ich mit der Erstellung meines

Dampfofens

fertig bin und von
morgen Dienstag ab meinen
Bäcketrieb wieder aufnehme.

Es wird mein eifriges Bestreben sein, meiner werten
Kundschaft eine

gute, schmackhafte Ware
zu liefern. Es gibt bei mir
jeden morgen von 1/2 7 Uhr ab frische Brötchen.
Annahme von Kundenblechen den ganzen Tag.
Hochachtungsvoll

Hermann Dierlamm
Bäckerei, Biergasse 130.

Martinsmoos.

Die Gemeinde verkauft im Submissionswege
aus dem Gemeindewald Abt. 4, 8 und 12



ca. 230 Sm.
Langholz

Tannen, Fichten und Forchen
am Donnerstag, den 15. Dezember 1927,
nachmittags 1 Uhr, auf dem Rathaus. Viel-
haber sind eingeladen.

Der Gemeinderat.

Orangen und Zitronen

3 Stück 15 Pfg.

3 Stück 20 Pfg.

3 Stück 25 Pfg.
empfiehlt

Würster
am Markt.

1 Büfett und

1 Kredenz

eich., gebraucht, hat im Auf-
trag billig zu verkaufen
Karl Buhl
Schreinerei.

Haararbeiten

aller Art fertigt
S. Obermaier
Friseurgeschäft
beim Adler, Telefon 240.

Riesin- Walnüsse

sowie verschiedene an-
dere Sorten empfiehlt
billigt

Würster
am Markt.

Vanckerzen

Kerzenhalter
Christbaumkranz
in großer Auswahl
empfiehlt billigt

M. Hauber

Spiele

bei
Fr. Häussler